

Nach der Bundestagswahl: BVK-Forderungen für Koalitionsverhandlungen



Michael H. Heinz

© BVK Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute e.V

Angesichts eines wirtschaftsfreundlichen Wahlergebnisses fordert der Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) zügige Sondierungsverhandlungen des Wahlgewinners CDU/CSU und hat dafür eigene Forderungen formuliert.

„Wir gratulieren zunächst Friedrich Merz und freuen uns auf eine intensive und konstruktive Zusammenarbeit“, sagt BVK-Präsident Michael H. Heinz. „Schnelle Koalitionsverhandlungen insbesondere mit der SPD sind jetzt dringend geboten. Schließlich haben wir in Deutschland einen Reformstau auf vielen politischen Gebieten und die Wirtschaft muss schnell neu belebt werden. Absolut notwendig ist eine zeitnahe Reform der privaten Altersvorsorge. Für die Agenda der neuen Bundesregierung haben wir aus Sicht der Vermittler einen [Forderungskatalog mit zehn Punkten](#) entwickelt.“

So fordert der BVK eine stärkere Förderung der kapitalgedeckten Altersvorsorge und insbesondere der Riester-Rente, indem diese erweitert, entbürokratisiert und renditeorientierter gestaltet wird. Der Verband verlangt zudem von der neuen Bundesregierung ein definitives Bekenntnis zum Vergütungssystem auf Provisionsbasis sowie eine Anerkennung der sozialpolitischen Bedeutung des Berufsstands der Versicherungsvermittler. Außerdem sollen Bürokratie und Berichtspflichten abgebaut werden, wozu auch eine Absage der Übertragung der Vermittleraufsicht auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gehört.

„Die neue Bundesregierung soll auch den Erhalt des bewährten Dualen Gesundheitssystems garantieren“, sagt BVK-Präsident Heinz, „und außerdem die Expertise unseres Berufsstands dafür nutzen, wenn sie ein System der Altersvorsorgepflicht für Selbständige beschließt. In diesem Kontext sollte die neue Bundesregierung für eine Klarstellung über die Tätigkeit von Finfluencern sorgen, um vor allem junge Vorsorgesparer wirksamer zu schützen.“

Der BVK besteht außerdem darauf, dass auch in der neuen Legislaturperiode kein Vertrieb ohne Beratung etabliert werden darf. Ferner ermuntert der Verband die Bundesregierung dazu, das Megathema Nachhaltigkeit unbürokratisch weiterzuentwickeln und den Chancen und Risiken der Künstlichen Intelligenz mit Augenmaß zu begegnen.